

## **GW-KS-02** Ändern wir die Politik, nicht das Klima!

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 05.10.2015  
Tagesordnungspunkt: GW-KS Grüner Wirtschaften, Klima schützen

### 1 Für ein Klima der Gerechtigkeit

Die Klimakonferenz in Paris wird eine wichtige Weichenstellung für den Klimaschutz. Wir müssen jetzt handeln, um unseren Planeten für uns und unsere Kinder lebenswert zu erhalten. Erste Folgen der Klimakrise sind heute schon spürbar in Form von verdorrten Ernten, gefährlichem Hochwasser und entfesselten Wirbelstürmen. Die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen trifft vor allem die Ärmsten in den Ländern des globalen Südens und zwingt immer mehr Menschen zur Flucht. Deshalb ist Klimaschutz eine globale Gerechtigkeitsfrage, auf die die Staaten der Welt in Paris eine gemeinsame Antwort finden müssen. Erforderlich sind ein verbindliches und gerechtes Klimaschutz-Abkommen und Mut zu ehrgeizigen Maßnahmen gegen die Klimakrise. Dafür werden wir gemeinsam mit Umweltverbänden, Bürgerinitiativen und der Europäischen Grünen Partei mobilisieren.

Wir Grüne wollen, dass Deutschland sich wieder an die Spitze des internationalen Klimaschutzes setzt. Wir wollen die Chancen einer klimafreundlichen Wirtschaft ergreifen, die Abhängigkeit von Energieimporten verringern und unserer globalen Verantwortung gerecht werden. Die Bundesregierung wird, wenn sie nicht klar umsteuert, das deutsche Klimaschutzziel von 40% Emissionsminderung bis 2020 deutlich verfehlen. Wir sind überzeugt, dass unser Land mehr kann. Dabei ermutigt uns das Beispiel der vielen Bürgerinnen und Bürger, die sich für den Klimaschutz einsetzen – als Aktive in lokalen Umweltinitiativen, bei Menschenketten gegen die Kohle, in Bürgerenergieprojekten oder in der Transition Town-Bewegung, als klimabewusste Verbraucher\*innen oder als innovative Unternehmer\*innen. Gemeinsam mit ihnen und den neun grün mitregierten Bundesländern wollen wir den derzeitigen Stillstand in der Klimapolitik überwinden.

Das Versagen der Klimapolitik der Bundesregierung ist mit Händen greifbar: Dreckige Kohleschlote qualmen weiter, selbst wenn ihr Strom gar nicht gebraucht wird. Solarunternehmen mussten tausende von Stellen abbauen. Der Kauf von Elektroautos lahmte, während der Absatz von Geländewagen boomt. Mieterinnen und Mieter zahlen teuer für viel zu schlecht gedämmte Wohnungen. Und Unternehmen fehlt ein Innovationsrahmen für ökologische Produkte. Im Gegenteil: Vieles, was dem Klima schadet, wird noch mit Steuermilliarden subventioniert. Selbst die rot-grüne Erfolgsgeschichte der Energiewende wird von der Großen Koalition ausgebremst. Während Länder wie die USA oder China ihre Klimaziele anheben und den Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigen und der Papst nachdrücklich zum Klimaschutz aufruft, fällt das einstige Vorreiterland Deutschland zurück. Das wollen wir wieder ändern!

### **I. Weltweit handeln gegen die Klimakrise**

#### **1. Paris kann nur ein Zwischenschritt sein**

Unser Ziel ist mehr Lebensqualität für alle und ein Leben innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten. Eine Verständigung in Paris kann nicht der Schlusspunkt der internationalen Klimapolitik sein, sondern lediglich eine wichtige Etappe auf dem Weg zum Ziel.

Als historische Verursacher der Klimakrise müssen die Industriestaaten hierbei besondere Verantwortung für den Klimaschutz übernehmen. Deshalb ist es ein Gebot der Gerechtigkeit,

40 dass die Industriestaaten einen herausgehobenen Beitrag für den Klimaschutz leisten und die  
41 Länder des globalen Südens bei der Anpassung an den Klimawandel und der Emissionsminderung  
42 genauso unterstützen wie bei der Bewältigung der Schäden aus der Klimakrise. Auch die  
43 Schwellenländer stehen in der Verantwortung, ihren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Echte  
44 Klimagerechtigkeit lässt sich nur durch eine sozial-ökologische Transformation erreichen.  
45 Dabei gilt: Je später wir entschieden gegen Klimaerwärmung handeln, desto größer werden die  
46 Herausforderungen, vor denen auch unsere Gesellschaften stehen.

47 Um auch Ländern wie den USA oder China den Weg zu einem Abkommen zu ebnet, setzen wir für  
48 Paris auf einen starken Weltklimavertrag, der noch nicht zu allen Fragen konkrete  
49 Vereinbarungen enthalten muss. Am Ende muss aber mindestens ein Paket von Entscheidungen  
50 stehen, das alle Staaten der Welt zu einer wirksamen Minderung von Treibhausgasemissionen  
51 verpflichtet. Die Klimakonferenz in Paris allein kann und wird die Klimakrise nicht lösen.  
52 Vielmehr braucht es Maßnahmen auf allen Ebenen und von allen Akteuren. Erste positive  
53 Ansätze gibt es: Erneuerbare Energien werden auch global immer wettbewerbsfähiger und  
54 stellen die Hälfte der weltweiten Investitionen im Stromsektor dar. Außerdem gibt es  
55 Signale, dass das Ende des Kohlezeitalters begonnen hat. China hat im letzten Jahr erstmals  
56 weniger Kohle verbrannt als in den Jahren davor und US-Präsident Obama plant die Stilllegung  
57 von zahlreichen Kohlekraftwerken. Auch immer mehr Investoren erkennen, dass der  
58 fortschreitende Klimawandel auf kurz oder lang eine grüne Wirtschaftsweise erfordern wird.

59 Dennoch befinden wir uns derzeit auf dem Pfad zu einer unbeherrschbaren Erderwärmung um 3-4  
60 Grad Celsius, was durch die bisher zur COP 21 eingereichten nationalen Klimapläne noch  
61 einmal untermauert wird. Daher ist es auch so zentral, dass verbindliche Regeln zur  
62 Überprüfung und Nachjustierung der eingereichten nationalen Klimapläne getroffen werden. Das  
63 gilt gerade auch für das europäische Ziel. Statt des eingereichten Reduktionsziels von  
64 mindestens minus 40 Prozent bis zum Jahr 2030 müssten in der EU die Emissionen im Vergleich  
65 zu 1990 um mindestens 55 Prozent gesenkt werden, um auf dem Pfad zu maximal 2 Grad-  
66 Erderwärmung zu bleiben.

- 67 • Wir wollen ein Abkommen nach dem Prinzip der gemeinsamen aber unterschiedlichen  
68 Verantwortlichkeiten, welches die unterschiedlichen Fähigkeiten und die historischen  
69 Verantwortungen der Staaten für die Klimakrise berücksichtigt. Damit eine Paris-  
70 Vereinbarung den internationalen Klimaschutz voranbringt, müssen mindestens  
71 nachfolgenden Aspekte Teil des Abkommens werden:
- 72 • Zumindest das übergeordnete und langfristige Ziel, die Erderwärmung auf höchstens 2  
73 Grad Celsius, wenn nicht gar 1,5 Grad zu begrenzen, muss völkerrechtlich bindend  
74 verankert werden
- 75 • dieses Ziel gilt es im Rahmen von nationalen oder auch regionalen  
76 Klimaschutzverpflichtungen zu untermauern, die mindestens alle fünf Jahre überprüft  
77 werden müssen.
- 78 • Das Pariser Protokoll muss eine weltweite Dekarbonisierung bis Mitte des Jahrhunderts  
79 und einen schrittweisen Umstieg auf 100% Erneuerbare Energien festlegen.

80 Für mehr Klimagerechtigkeit und Partnerschaften in einer globalisierten Welt muss das  
81 Abkommen eine Antwort darauf geben, wie das Versprechen der Industriestaaten, ab 2020  
82 mindestens 100 Milliarden US-Dollar an Klimageldern zu mobilisieren, konkret eingelöst wird.

## 83 **2. Die UN-Nachhaltigkeitsagenda als Chance nutzen**

84 Klimaschutz und eine nachhaltige Entwicklung für alle Menschen auf diesem Planeten gehören  
 85 unauflöslich zusammen. Das haben die UN-Mitgliedstaaten im September in New York nochmals  
 86 festgestellt.

87 Die neue UN-Nachhaltigkeitsagenda ist eine Aufgabe für alle. Gerade Deutschland soll eine  
 88 Vorreiterrolle in der Umsetzung der 17 Ziele einnehmen und globale Klimagerechtigkeit durch  
 89 ambitioniertes Handeln auch hier vor Ort zu ermöglichen. Wir fordern:

- 90 • Die Nachhaltigkeitsziele zur Richtschnur für das Regierungshandeln zu machen, indem  
 91 alle Ressorts ehrgeizige und verbindliche Umsetzungspläne vorlegen und über deren  
 92 Umsetzung regelmäßig öffentlich berichten.
- 93 • Die Bundesregierung muss endlich einen Aufholplan vorlegen, mit dem das Ziel, 0,7  
 94 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen, bis  
 95 spätestens 2020 erreicht werden kann. Nachdem die Bundeskanzlerin dies im September in  
 96 New York angekündigt hat, muss sich das nun endlich auch im Haushalt wiederfinden.  
 97 Bisher führen die versprochenen Mittel nur dazu, den Status Quo der deutschen  
 98 Entwicklungs-Finanzierung auf dem viel zu geringen Niveau von 0,4 % zu halten.
- 99 • Um die globale Energiewende zu beschleunigen, sollte der Klimaschutz als  
 100 Querschnittsaufgabe der deutschen Entwicklungszusammenarbeit verankert werden. Viele  
 101 Lösungen existieren bereits: Die erheblich gesunkenen Kosten der Erneuerbaren Energien  
 102 machen es möglich, den Energiebedarf ohne gesundheits-, umwelt- und klimaschädliche  
 103 Emissionen zu decken. In Bereichen wie Energieeffizienz, Netzausbau und  
 104 regulatorischer Beratung soll die Zusammenarbeit intensiviert werden.
- 105 • Die internationale Kohlefinanzierung durch KfW-Bank und Hermes-Bürgschaften muss  
 106 umgehend beendet werden und die Außenwirtschaftsförderung auf umwelt- und  
 107 klimaverträgliche Projekte fokussiert werden. Um der historischen Verantwortung des  
 108 Globalen Nordens gerecht zu werden, bedarf es einer rechtlichen Verankerung des  
 109 Schutzes von Umwelt- und Klimaflüchtlingen in der EU und weltweit.

### 110 **3. Klimaschutzfinanzierung absichern**

111 Investitionen in Klimaschutz sind Investitionen in den Wohlstand von morgen. Egal ob in  
 112 Deutschland, Griechenland oder im Globalen Süden: Die Energiewende bringt langfristig  
 113 günstige Energie im Gegensatz zur fossilen Abhängigkeit ebenso wie im Gegensatz zu den hohen  
 114 Risiken und unkalkulierbaren Folgekosten nuklearer Energieerzeugung. Durch die Energiewende  
 115 entstehen neue Geschäftsfelder und Chancen für Menschen und Regionen.

116 Derzeit geben die G20 Staaten über 1.000 US-Dollar pro Kopf für Subventionen in den fossilen  
 117 Energiesektor aus. Umwelt- und Gesundheitsschäden werden so gut wie nie in den Kosten der  
 118 fossilen Treibstoffe mit einberechnet. Damit müssen wir Schluss machen! Für die Finanzierung  
 119 nachhaltiger Entwicklung und des Klima- und Biodiversitätsschutzes in den Ländern des  
 120 Globalen Südens fordern wir:

- 121 • Deutschland muss seinen fairen Anteil an den von den Industriestaaten versprochenen  
 122 100 Milliarden US-Dollar Klimageldern ab 2020 beitragen. Dieser Anteil beträgt rund 6-  
 123 7 Mrd. Euro. Die Mobilisierung der Mittel für den internationalen Klimaschutz ist eine  
 124 öffentliche Aufgabe.
- 125 • Wir wollen, dass Unternehmen wie Chevron, ExxonMobil, Saudi Aramco, BP, Gazprom, oder  
 126 Shell die wahren Förderkosten verursachergerecht tragen. Deshalb sollte unter dem Dach  
 127 der Klimarahmenkonvention ein globaler Mechanismus erarbeitet werden, der auf die  
 128 Förderung von Kohle, Öl und Gas eine Abgabe einführt. Die zusätzlichen Mittel sollen  
 129 in den Klimaschutz fließen.

- Die Einnahmen aus marktbasierter Instrumenten zur Reduzierung der globalen Emissionen von Luft- und Schifffahrt müssen einen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung nach 2020 und dem Green Climate Fund leisten.

#### 4. Europa muss beim Klimaschutz wieder voran gehen

Klimaschutz und eine europäische Energiewende gehören zu den ganz großen Projekten unserer Zeit. Die Vielfalt erneuerbarer Energiequellen in Europa ist ein Vorteil, da sie sich ergänzen können und somit eine sichere Versorgung aller Staaten möglich ist. Innovation kann vom alten Kontinent ausgehen, wenn aus den Hauptstädten und Brüssel die richtigen Vorgaben kommen. Europa kann und sollte seinen Energiebedarf bis zur Mitte des Jahrhunderts zu 100 Prozent aus Erneuerbaren decken. Im Europäischen Rat werden derzeit faule Kompromisse geschlossen bei denen am Ende oft nur der kleinste gemeinsame Nenner bleibt. So übernimmt Europa in internationalen Verhandlungen keine Führung mehr. Um diesen Trend umzudrehen fordern wir:

- Die europäischen Ziele für 2030 müssen verpflichtend sein und auf 40 Prozent Energieeinsparung, 45 Prozent erneuerbare Energien und 55 Prozent CO<sub>2</sub>-Emissionsminderung bis 2030 erhöht werden.
- Um den dringenden Ausstieg aus Kohle und Atom zu realisieren, fordern wir nachhaltige Gemeinschaftsinvestitionen in Energienetze, in Energieeffizienz, in Erneuerbare Energien sowie den konsequenten Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen.
- Um eine Energieunion zu schaffen, welche langfristig unabhängig von fossilen Importen ist, müssen mehr Infrastrukturgelder in eine tragfähige und „smarte“ Infrastruktur neuer Pipelines gesteckt werden.
- Subventionen in Fossile und Atom müssen abgeschafft werden.

#### 5. Europäischen Emissionshandel von Grund auf überholen

Wir wollen einen Emissionshandel, der CO<sub>2</sub>-Emissionen spürbar senkt und der Verschmutzung der Atmosphäre einen wirksamen Preis gibt. Nur so können sich Investitionen in den Klimaschutz endlich lohnen. Eine CO<sub>2</sub>-Steuer als mögliche Alternative ist in Europa absehbar politisch nicht umsetzbar, weshalb wir eine grundlegende Reform des Emissionshandels einfordern. Derzeit verfehlt der Emissionshandel komplett seine Wirkung. Weil mindestens zwei Milliarden überschüssige Zertifikate auf dem Markt sind, ist der CO<sub>2</sub>-Preis im Keller und der Anreiz für Klimaschutz passé. So kann der Emissionshandel keinen fairen Wettbewerb um die besten ökologischen Lösungen befördern. Es braucht immer auch das Ordnungsrecht um z.B. faire Rahmenbedingungen für die Erneuerbaren zu schaffen, Energieeffizienz voran zu bringen und den überfälligen Kohleausstieg einzuleiten.

Die bestehenden Schwächen des Emissionshandels wollen wir abbauen und seine klimapolitische Wirksamkeit erhöhen. Deshalb fordern wir:

- Bis zur Einführung eines europäischen Mindestpreises für CO<sub>2</sub> auch national voranzugehen und in Deutschland einen Mindestpreis einführen, der jährlich steigt und somit Unternehmen Planungssicherheit bei Klimaschutzinvestitionen gibt.
- Überschüssige Zertifikate müssen in Höhe von mindestens zwei Milliarden Emissionszertifikaten dauerhaft vom Markt genommen und gelöscht werden.

- 171 • Die klimapolitische Verlässlichkeit und Rechtssicherheit muss weit über 2030 hinaus  
172 gesichert werden, indem wir heute schon die jährlichen Emissionsobergrenzen (CAPs) bis  
173 2050 fortschreiben, die sich an einem langfristigen Minderungsziel von minus 95%  
174 orientieren. Dafür wollen wir den notwendigen Reduktionsfaktor, entsprechend anpassen.
- 175 • Diese CAPs müssen in regelmäßigen Abständen überprüft werden, um sie an den Ausbau der  
176 erneuerbaren Energien anzupassen bzw. an die Klimaziele im Rahmen eines UNFCCC  
177 Klimaabkommens anzupassen.
- 178 • Emissionszertifikate für Industrie und Flugverkehr gehören künftig zu 100 Prozent  
179 versteigert, statt sie weiterhin kostenlos zuzuteilen. Im Falle eines tatsächlich  
180 eintretenden Verlagerungsdrucks auf kohlenstoffintensive Unternehmen wollen wir diese  
181 im Gegenzug durch gezielte Hilfen unterstützen.

## 182 **II. Deutschland wieder zum Vorreiter machen**

183 Wenn Deutschland die ökologische Modernisierung der Wirtschaft schafft und eine  
184 klimaneutrale Gesellschaft wird, ist das für andere ein großer Ansporn. Anspruch deutscher  
185 Politik muss es sein, endlich Exportweltmeister in Sachen Klimaschutz zu werden. Doch nur  
186 wer im eigenen Land ernst macht mit dem Klimaschutz, kann in Paris glaubwürdig verhandeln.

187 Unter der Großen Koalition hat die deutsche Energiewende Tempo und Strahlkraft verloren. Wir  
188 Grüne stehen für eine grundlegende Neuausrichtung der deutschen Klimapolitik.

### 189 **1. Ein Klimaschutzgesetz für Deutschland**

190 Für neuen Schwung beim Klimaschutz muss es ein Klimaschutzgesetz mit ambitionierten CO<sub>2</sub>-  
191 Reduktionszielen für Stromversorgung, Industrie und Gebäude, Landwirtschaft und Verkehr  
192 sowie verbindlichen jährlichen Zwischenzielen geben: 40% Minderung bis 2020, 60% bis 2030  
193 und 95% bis 2050. So weist das Klimaschutzgesetz den Weg für eine Verkehrspolitik, die Bahn-  
194 und Radfahren attraktiver macht, Spritsparteknik vorantreibt und Elektromobilität gezielt  
195 fördert. Und es gibt einen Rahmen vor für eine umwelt- und klimaschonende Landwirtschaft,  
196 die zum Schutz des Klimas auf industrielle Massentierhaltung, Pestizide und Chemiesdünger  
197 weitgehend verzichtet. Durch die langfristigen Ziele gibt das Klimaschutzgesetz Unternehmen  
198 Planungssicherheit für Investitionen in die ökologische Modernisierung. Die Zielerreichung  
199 wollen wir mit einem engen Monitoring begleiten: Wenn die Zwischenziele nicht erreicht  
200 werden, muss die Bundesregierung dem Bundestag ein Klimaschutz-Aktionsprogramm mit  
201 geeigneten Anpassungsmaßnahmen, wie ordnungsrechtlichen Instrumenten und Förderprogrammen  
202 zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung vorlegen.

### 203 **2. Raus aus der Kohle - Rein in die Zukunft**

204 Wir wollen die Bürgerenergie. In Deutschland konnte der Ausbau erneuerbarer Energien  
205 auch deshalb so rasch Schwung aufnehmen, weil er durch die Menschen getragen wurde. Wir  
206 setzen uns auch weiterhin für einfache Lösungen zur Einbindung vieler kleiner dezentraler  
207 Einheiten ein, denn Bürgerenergie, Dezentralität und Demokratisierung unserer  
208 Energieversorgung sorgen für Akzeptanz und Stabilität.

209 Doch die Bundesregierung setzt auf komplizierte Ausschreibungen, bremst den Ausbau der  
210 Erneuerbaren Energien und würgt die Bürgerenergie ab. Unser Ziel, bis 2030 unsere  
211 Stromversorgung auf nahezu 100 Prozent erneuerbare Energien umzustellen, wird damit schwer  
212 zu erreichen sein. Trotzdem werden wir dafür kämpfen, denn wir wollen binnen zwei  
213 Jahrzehnten aus der Kohle aussteigen.

214 Dafür fordern wir:

- 215 • Deutschland muss schrittweise und verbindlich aus der klimaschädlichen  
216 Kohleverstromung aussteigen. Dazu schlagen wir gesetzliche CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für die  
217 fossile Stromerzeugung vor, die alte, dreckige Kohlemeiler aus dem Markt drängen.
- 218 • Die Ausbaudeckelung bei den erneuerbaren Energien muss beendet werden und  
219 ambitionierte Ausbauziele beschlossen werden. Hierzu ist eine Reform des EEG entlang  
220 der grünen Leitlinien Klimaschutz, Kosteneffizienz und Bürgerfreundlichkeit  
221 umzusetzen.
- 222 • Ohne eine erhebliche Senkung des Gesamtverbrauchs sind die Ziele der Energiewende  
223 nicht zu machen. Energieeinsparung und -effizienz sind daher effektiver Klimaschutz  
224 und müssen endlich gesetzlich besser gefördert werden.

### 225 **3. Kein Sponsoring der Klimakrise**

226 Preise, die immer mehr die ökologische Wahrheit sagen belohnen Unternehmen, die mit  
227 Ressourcen pfleglich umgehen und Emissionen senken. Doch derzeit passiert das Gegenteil. Der  
228 Anteil der Umwelt- und Ressourcensteuern an den gesamten Produktionskosten ist in den  
229 vergangenen Jahren erheblich gesunken. Zudem gewährt der Staat Subventionen in Höhe von über  
230 50 Mrd. Euro jährlich, die das Klima und die Umwelt schädigen. Wir wollen mit dem  
231 schrittweisen Abbau dieser Subventionen beginnen und die Einnahmen in Form einer „doppelten  
232 Dividende“ wieder in Umwelt und Klimaschutz zu investieren.

233 Auch aus der Gesellschaft heraus entsteht mehr Druck auf die Pfeiler des fossilen Systems:  
234 Immer mehr Firmen, Stiftungen und Institutionen haben das moralische Dilemma einerseits und  
235 die Gefahr einer "Carbon Bubble" andererseits erkannt. Sie ziehen ihr Geld aus Unternehmen  
236 aus dem Öl-, Gas- und Kohlektor zurück. Wer für Klimaschutz einsteht, kann nicht  
237 gleichzeitig aus kurzfristigen Erlösen der Klimazerstörung profitieren und beispielsweise  
238 durch den Kauf von Aktien immer riskantere Explorationen wie Erdölbohrungen in der Arktis  
239 mitfinanzieren.

240 Um die ökonomischen Anreize für Klimaschutz zu verstärken, fordern wir:

- 241 • Schrittweise 10 Mrd. Euro an klimaschädlichen Subventionen einzusparen. Dabei wollen  
242 wir bei den aufgeblähten EEG-Rabatten der Industrie, den Steuerprivilegien für große  
243 Dienstwagen und der steuerlichen Begünstigung von Flugbenzin und Agrardiesel den  
244 Anfang machen.
- 245 • Damit Divestment gelingt, müssen wir mehr Klima-Transparenz in die Finanzmärkte  
246 bringen, damit Anleger und Anlegerinnen oder Investoren und Investorinnen die  
247 Klimabilanz ihrer Anlagen erfahren und gezielt in klimafreundliche und nachhaltige  
248 Finanzanlagen (Green Finance) investieren können.
- 249 • Die öffentlichen Haushalte sollen beim Ausstieg aus klimaschädlichen Aktivitäten  
250 vorangehen und ihre Vermögen, z.B. Vermögens- und Pensionsrücklagen, von fossilen  
251 Investitionen befreien.

### 252 **4. Mobilität klimafreundlich gestalten**

253 Wir wollen klimafreundlich und bequem mobil sein. Dazu sollen Bahnen, Öffentlicher  
254 Nahverkehr, Radfahren, Bike- und Carsharing ineinander greifen. Statt im Stau zu stehen und  
255 den letzten freien Parkplatz zu suchen, steigen wir in Zukunft flexibel und bequem ein, aus  
256 und um. So wollen wir Zeit und Eigenständigkeit zurück gewinnen. Den verbliebenen und gerade  
257 in ländlicheren Regionen nach wie vor schwer zu ersetzenden Autoverkehr wollen wir ebenso  
258 wie die Bahn komplett auf erneuerbaren Energien umstellen. Das Auto der Zukunft produziert  
259 keine klima- und gesundheitsschädlichen Abgase mehr und ist ein intelligenter

260 Energiespeicher auf Rädern. Aber auch alternative Antriebstechniken sind nur dann Teil der  
 261 Lösung, wenn ihre Lebenszyklus-Bilanz besser als die konventioneller Antriebsformen ist. Wir  
 262 wollen Stadt und Land fahrrad- und fußgängerfreundlicher machen und fordern mehr Platz für  
 263 Fuß- und Radverkehr. Aber noch gibt es massive Wettbewerbsverzerrungen zu Gunsten  
 264 klimaschädlicher Verkehrsträger.

265 Der VW-Betrug hat mehr als deutlich gemacht, dass große Teile der deutschen Automobilbranche  
 266 den Geist der Zeit nicht nur verschlafen haben, sondern Umwelt-, Gesundheits- und  
 267 Klimastandards sogar bewusst unterlaufen. Die Bundesregierung hat dies durch mangelnde  
 268 Kontrollen und die Aufweichung europäischer Standards auch noch begünstigt. Damit gefährden  
 269 die Bundeskanzlerin und die Automobilindustrie nicht nur die deutschen Klimaziele, sondern  
 270 auch den deutschen Industriestandort. Denn während in Deutschland Greenwashing betrieben  
 271 wird, haben sich andere Autohersteller bei der Entwicklung von Alternativen zum  
 272 klassischen Verbrennungsmotor bereits einen massiven Vorsprung erarbeitet.

273 Damit die Verkehrswende endlich vorankommt, fordern wir:

- 274 • Bis 2030 sollen alle Bundesbehörden und größeren Unternehmen ihren Fuhrpark komplett  
 275 regenerativ betreiben.
- 276 • Um mehr Gerechtigkeit im Verkehr zu erreichen, werden wir die externen Kosten  
 277 internalisieren. Dazu wollen wir die Besserstellung von Diesel gegenüber Benzin  
 278 anpacken. Zusätzlich muss das klimaschädliche Steuerprivileg für schwere Dienstwagen  
 279 abgebaut werden.
- 280 • Wir wollen Elektromobilität attraktiver machen durch den Aufbau einer flächendeckenden  
 281 Infrastruktur und durch Kaufprämien von 5.000 € für Elektroautos und 2.000 Euro für  
 282 Hybridfahrzeuge.
- 283 • Die jährlichen Steuersubventionen für den globalen Flugverkehr zu reduzieren. Deshalb  
 284 werden wir die Steuerbefreiung für Kerosin kippen, die Mehrwertsteuer auf  
 285 internationale Flüge – wie im Bahnverkehr – ausweiten und die internationale  
 286 Luftfahrt endlich voll in den Emissionshandel integrieren.

## 287 **5. Klimafreundlich heizen und wohnen**

288 Effektiver Klimaschutz muss verstärkt im Wärmesektor ansetzen. Dafür braucht es eine  
 289 wirksamere Gebäudesanierung und mehr Erneuerbare Energien. In den Bundesländern mit grüner  
 290 Regierungsbeteiligung gibt es bereits erste positive Entwicklungen. Wir brauchen jedoch vor  
 291 allem auf Bundesebene vernünftige Rahmenbedingungen, um die Klimaschutz-Potentiale im  
 292 Wärmebereich zu heben:

- 293 • Wir wollen die Programme zur energetischen Gebäudesanierung durch einen  
 294 Energiesparfonds von drei Milliarden Euro deutlich aufstocken und Sanierungsmaßnahmen  
 295 steuerlich fördern, um die Sanierungsquote von Wohngebäuden von derzeit unter 1% auf 3  
 296 % steigern.
- 297 • Mit einem gezielten Programm zur Sanierung in Stadtquartieren wollen wir Klimaschutz  
 298 und Einsparungen gerade für sozial schwache Haushalte verbinden.
- 299 • Bei Verstößen gegen gesetzliche Energiesparstandards wollen wir den betroffenen  
 300 Mieter\*innen ein Mietminderungsrecht einräumen.
- 301 • Das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz gilt es bundesweit einheitlich auf den  
 302 Gebäudebestand auszudehnen.

## 303 6. Die Agrarwende vorantreiben

304 Klimagerechtigkeit spiegelt sich auch auf dem Acker wieder. Sowohl bei uns, als auch im  
 305 Globalen ist der Aufbau einer ökologischen Landwirtschaft realistisch, welche für das Klima  
 306 schonender ist und dennoch alle satt macht. Wir wollen eine Landwirtschaft, die zum Schutz  
 307 des Klimas, der Tiere und der Verbraucher\*Innen auf industrielle Massentierhaltung,  
 308 Pestizide und Chemiedünger weitgehend verzichtet. Hierfür braucht es eine andere  
 309 Förderpolitik. Die Anpassung an den Klimawandel in der Landwirtschaft erfordert die  
 310 Unterstützung einer standortangepassten, ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft.

311 Momentan ist der Landwirtschaftssektor trotz über 60 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen pro  
 312 Jahr allein in Deutschland weitgehend von Klimaverpflichtungen ausgenommen. Die  
 313 Bundesregierung setzt auf Exporte während die industrielle Fleischproduktion weltweit sogar  
 314 noch Hunger verursacht. Die Ernährung der Menschen muss aber immer Vorrang haben vor der  
 315 Verwendung von Biomasse als Futtermittel oder zur Energiegewinnung (food first). Eine  
 316 klimagerechte Agrarwende funktioniert nur, wenn wir den Anteil von Fleisch und  
 317 Milchprodukten an unserer Ernährung zugunsten von pflanzlichen Produkten reduzieren und  
 318 gegen Lebensmittelverschwendung vorgehen.

- 319 • Mit Klimaschutzgesetzen in Bund und Ländern wollen wir konkrete Ziele auch für die  
 320 Landwirtschaft vorgeben. Die müssen auf einer sorgfältigen Erfassung der  
 321 Treibhausgasemissionen in diesem Bereich fußen, die bisher noch fehlt.
- 322 • Die Exportorientierung der Landwirtschaft, gerade im Fleischsektor, muss gestoppt  
 323 werden. Denn damit geht die Ausdehnung der industriellen Tierhaltung einher.  
 324 Stattdessen wollen wir Tierhaltung wieder an die Fläche binden.
- 325 • Für die Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) gilt: Subventionen müssen endlich an  
 326 öffentliche Leistungen gebunden und anhand nachhaltiger Kriterien vergeben werden.  
 327 Damit sollen jene Bäuerinnen und Bauern belohnt werden, die konsequent klima-, umwelt-  
 328 und tierfreundlich wirtschaften.
- 329 • Den Einsatz von Pestiziden und die Überdüngung von Böden wollen wir deutlich  
 330 reduzieren. Bei der Reform der momentanen Düngeverordnung muss die Chance ergriffen  
 331 werden, die Einarbeitungszeiten von Düngemitteln deutlich zu reduzieren
- 332 • Zur Vermeidung der Lebensmittelverschwendung sollen Politik, Handel und Erzeuger  
 333 Zielvereinbarungen treffen und branchenspezifische Programme auf den Weg bringen.

334 Die Agrarwende kann international nur gelingen, wenn Mittel kohärent im Sinnes einer  
 335 nachhaltigen Landwirtschaft vergeben werden: Das heißt zum Beispiel konkret für den Green  
 336 Climate Fund, dass auch dort Armutsreduzierung, Ernährungssouveränität, nachhaltige  
 337 Ressourcennutzung und „Ownership“ bei der Mittelvergabe berücksichtigt werden müssen.

## 338 7. Böden, Wälder und Moore besser schützen

339 Ein Großteil unserer Emissionen geht in die Atmosphäre, doch die natürlichen CO<sub>2</sub>-Senken  
 340 nehmen auch Millionen Tonnen auf. Deshalb wollen wir sie besser schützen und wo erforderlich  
 341 auch wieder herstellen. Wir fordern:

- 342 • Noch nicht geschützte Gebiete mit Moorböden müssen unter Schutz gestellt und  
 343 schrittweise wiedervernässt werden. Pufferflächen müssen klimaneutral genutzt werden,  
 344 z.B. als Streuobstwiesen oder Dauergrünland.



- 345 • Die Bundesregierung muss eine Torfreduktionsstrategie auflegen, an deren Ende ein  
346 Verbot der Torfverwendung steht. Als Zwischenschritt dahin sollte eine Torfabgabe  
347 eingeführt werden, um den Rohstoff teurer zu machen und damit die Alternativen  
348 wirtschaftlich zu stärken.
- 349 • Keine Einbindung von landwirtschaftlichen Böden und Wäldern in die internationalen  
350 Kohlenstoffmärkte. Dies würde Flächenkonkurrenzen und Landkonflikte in  
351 Entwicklungsländern verschärfen sowie ambitionierten Klimaschutz in Industrieländern  
352 weiter verwässern.
- 353 • Verstärkung der internationalen Aktivitäten gegen die Abholzung und Übernutzung der  
354 Wälder gemeinsam mit den dort lebenden indigenen Gesellschaften. Hierbei braucht es  
355 mehr Mittel gerade für eine entsprechende Überwachung. Zudem sollen internationale  
356 Programme zur Wiederaufforstung von Wäldern und zur Bewaldung von Wüstenbildung  
357 bedrohter Gebiete gestärkt werden.

### 358 **III. Ohne Ehrlichkeit kein Klimaschutz**

359 Auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen ist grenzenloses Wachstum nicht möglich. Die  
360 Klimakrise ist Ausdruck dessen. Der Zwang immer weiter und mehr wachsen zu müssen, zerstört  
361 heute zunehmend das ökologische und soziale Gleichgewicht. Wenn wir das Klima retten wollen,  
362 müssen wir grüner wirtschaften. Wir sind überzeugt, dass wir so wirtschaften können, dass  
363 alle Menschen mehr Lebensqualität genießen können – und uns dennoch vom Zwang, immer mehr  
364 wachsen zu müssen, frei zu machen. Als ersten Schritt erstellen wir als Alternative zum  
365 Jahreswirtschaftsbericht, der nur auf das Bruttoinlandsprodukt fixiert ist, einen  
366 Jahreswohlstandsbericht, der zusätzlich zum BIP auch Indikatoren zur ökologischen, sozialen  
367 und gesellschaftlichen Dimension einbezieht. Eine lebenswerte Umwelt und eine gerechte  
368 Gesellschaft müssen einen höheren Stellenwert bekommen als die ressourcenintensive  
369 Produktion von Gütern. Die Spekulation an den internationalen Lebensmittelbörsen und die  
370 betrügerische Geschäfte mit Klimazertifikaten sind Warnsignale, dass Marktwirtschaft ohne  
371 soziale und ökologische Leitplanken und ohne fairen Wettbewerb in die Sackgasse führt.

372 Und die Ehrlichkeit gebietet auch einzuräumen, dass unsere gesetzten Klimaziele einerseits  
373 immer noch zu knapp gerechnet sind, andererseits aber selbst diese Ziele ohne große  
374 Anstrengungen nicht erreichbar sein werden. Der durchschnittliche CO<sub>2</sub>-Fußabdruck der  
375 Deutschen beträgt jährlich 11 Tonnen. Wenn wir daran nichts massiv ändern, bleiben alle  
376 Klimaschutz-Beschlüsse Sonntagsreden. Nutzen wir also Paris für einen Neuaufbruch im  
377 Klimaschutz. Ändern wir die Politik, nicht das Klima!